

Später Sieg
Bernie Sanders wird in New Hampshire wohl gewinnen – dank Ex-Occupy-Anhängern. 3

Enthemmte Nächte
Ein Streitgespräch über Sinn und Unsinn der Berner Fasnacht. 21

Lustiges Drama
In Micha Lewinskys Film «Nichts passiert» ist alles gut, solange niemand böse ist. 27



Noemi Zbären
Die Hürdensprinterin taxiert sich selber als nicht interessant für die Medien. 15

AZ 3000 Bern 1

Der Bund

Dienstag, 9. Februar 2016 – 167. Jahrgang, Nr. 32 – Fr. 3.90 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

Merkel gibt Putin Schuld für Massenflucht



Er will über die Grenze in die Türkei: Im Norden Syriens hält ein Flüchtling sein Kind in den Armen. Foto: Keystone

Die Kanzlerin kritisiert die humanitären Zustände an der türkisch-syrischen Grenze.

Mike Szymanski

«Wir sind entsetzt über das, was den Menschen an Leid durch Bombenangriffe vorrangig von russischer Seite entstanden ist», sagte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel nach einem Treffen mit dem türkischen Premierminister Ahmet Davutoglu gestern in Ankara. Im türkisch-syrischen Grenzgebiet, wo derzeit Zehntausende auf der Flucht seien,

zeige sich das «wirklich grosse Elend». Premier Davutoglu sagte, man könne «fast von einer humanitären Katastrophe sprechen». Etwa 30 000 Flüchtlinge würden jenseits der Grenze campieren. Allerdings weigert sich sein Land weiterhin, die Flüchtlinge ins Land zu lassen.

Eine Gruppe von EU-Staaten wird nach Angaben Merkels bald damit beginnen, der Türkei syrische Kontingentsflüchtlinge abzunehmen. «Wir können nicht von der Türkei auf der einen Seite erwarten, dass sie alles stoppt, und auf der anderen Seite sagen, über die Kontingente sprechen wir dann in einem halben Jahr», sagte Merkel. Ein weiteres

finanzielles Engagement der EU für die Flüchtlingshilfe in der Türkei schloss Merkel nicht aus. Bisher hat die EU dem Land drei Milliarden Euro in Aussicht gestellt, um die Lage der Flüchtlinge zu verbessern.

Laut Gerald Knaus, dem Gründer des Thinktanks European Stability Initiative, hat Merkel früh begriffen, dass es ohne die Türkei keine Lösung gibt. Doch sie habe Fehler gemacht, unter anderem mit der Türkei falsch verhandelt, sagt Knaus im Gespräch mit dem «Bund». Seiner Meinung nach sollten Flüchtlinge konsequent in die Türkei zurückgeschafft werden. *Bericht und Interview – Seite 2*

Illegaler Kiesabbau im Aaretal

Der Kanton Bern wirft der Baufirma Kästli vor, sich nicht ans Gesetz zu halten.

Adrian Schmid

Die Berner Kies- und Deponiebranche kommt nicht zur Ruhe. Schon seit rund einem Jahr ermittelt die Wettbewerbskommission (Weko) gegen mehrere Unternehmen, weil sie möglicherweise eine marktbeherrschende Stellung missbraucht haben. Zu den betroffenen Firmen gehört die Kästli-Gruppe mit Hauptsitz in Ostermundigen. Und diese kommt nun zusätzlich unter Druck. Die kantonale Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) erhebt schwere Vorwürfe: Kästli soll in Rubigen illegal Kies abbauen.

Die Direktion von Regierungsrätin Barbara Egger (SP) hat eine Beschwerde von Anwohnern der Kiesgrube grösstenteils gutgeheissen. In ihrem Entscheid hält die BVE fest, dass Kästli seit 2002 an mehreren Stellen ohne Baubewilligung Kies abbaut. «Es besteht ein baurechtswidriger Zustand», heisst es in dem Schreiben, das dem «Bund» vorliegt. Damit kommt die BVE zu einem anderen Resultat als die Gemeinde Rubigen.

Diese stellte sich auf den Standpunkt, dass es keine Mängel gebe und die Firma Kästli keine Reglemente verletzt habe. Daher hat die Kommune auch keine Busse verhängt. Die Anwohner waren damit nicht einverstanden und schalteten die Baudirektion ein.

Letztes Wort nicht gesprochen

Die Baudirektion verlangt nun von der Gemeinde, den rechtmässigen Zustand wiederherzustellen. Kästli könnte auch ein nachträgliches Baugesuch für den Kiesabbau einreichen. Momentan ist das aber kein Thema. Die Firma Kästli gibt sich nicht geschlagen, sie wird den Entscheid der BVE vor dem Verwaltungsgericht anfechten. «Wir können dies auf keinen Fall so stehen lassen. Wir haben in Rubigen nicht widerrechtlich Kies abgebaut», sagt Jean-Pierre Remund, Verwaltungsratspräsident der Kästli-Gruppe. Es sprächen gute Argumente dafür, dass alles in Ordnung sei. Auch bei der Gemeinde Rubigen zeigt man sich auf Anfrage überrascht vom Entscheid der BVE. – *Seite 17*

Ärzte lockern die Abtreibungspraxis

Der Schwangerschaftsabbruch wurde in den letzten Jahren vereinfacht. Früher war er immer mit einem chirurgischen Eingriff verbunden, heute genügt die Einnahme von Tabletten. Diese Methode kann noch einfacher sein: Das erste für die Abtreibung nötige Medikament kann der Arzt noch während der ersten Konsultation verabreichen. Das zweite, das 48 Stunden später eingenommen werden muss, nimmt die Frau mit nach Hause. Damit entfällt die zweite Konsul-

tation. Es entfällt damit aber auch die Bedenkzeit zwischen dem ersten und dem zweiten Arztbesuch. In der Schweiz ist dies gesetzlich zwar erlaubt, die schweizerische Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe empfiehlt aber in ihren Richtlinien eine «angemessene Bedenkzeit» zwischen der ersten ärztlichen Konsultation und der Einnahme des Abtreibungsmedikaments. Ein Zürcher Arzt fordert, der Verband müsse seine Richtlinien anpassen. (b) – *Seite 7*

Ex-CS-Manager wird Implenia-Präsident

Der ehemalige CS-Manager Hans-Ulrich Meister soll beim Baukonzern Implenia Verwaltungsratspräsident werden. Meister, der bei der Grossbank das Schweizer Geschäft und die weltweite Vermögensverwaltung leitete, musste im Zuge der Neuorganisation der CS im letzten Herbst gehen. Bei Implenia löst er Hubert Achermann ab, der letzte Woche nach nicht einmal einem Jahr abgetreten ist. Gemäss mehreren Quellen ging dem Abgang ein Machtkampf voraus. Es habe eine Sitzung zwischen dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung stattgefunden, an die Konzernchef Anton Affentranger offenbar nicht eingeladen worden war. (bwi) – *Seite 13*

Hofer verlangte hohe Zimmerpreise

Der Stadtberner SVP-Gemeinderatskandidat Stefan Hofer hat nicht nur mit Prostituierten Geld verdient, sondern auch mit Sozialhilfebezügern. Zwischen 2014 und 2015 vermietete er mit seiner Firma Honag AG Zimmer im Gasthof Löwen in Münchenbuchsee für rund 700 Franken monatlich. «Wir haben keine Küche, keine Briefkästen, keine Waschmaschine und nur eine Dusche für alle», sagt ein jetziger Bewohner. Es handle sich um einen «skandalösen Fall von Mietzinswucher», sagt Natalie Imboden, Präsidentin des Berner Mieterverbands. Dem Sozialdienst sind die Hände gebunden. Derweil schwindet Hofers Rückhalt innerhalb der Partei. (jan) – *Seite 19*

Heute im «Bund»

Unternehmenssteuerreform III Kirchen sorgen sich um Steuergelder

Üppige Firmengewinne lohnten sich bislang auch für die Landeskirchen. Doch jetzt müssen diese befürchten, dass ihre Steuereinnahmen als Folge der Unternehmenssteuerreform III einbrechen. Es drohen Sparmassnahmen. – *Seite 5*

Utzenstorf Gläubiger der Papierfabrik mussten Geld abschreiben

Die Papierfabrik Utzenstorf leidet unter dem starken Franken und der sinkenden Nachfrage. «Bund»-Recherchen zeigen, dass die Zahlungsfähigkeit nur knapp abgewendet werden konnte. – *Seite 11*

Stadt Bern Den Tod der Ehefrau verschwiegen – und kassiert

Eine Pensionskasse und der Sozialdienst hatten nicht mitbekommen, dass eine Frau verstorben war. Sie bezahlten jahrelang weiter. Der Ehemann, der profitorierte, steht nun vor Gericht – *Seite 17*

Regierungsratswahlen Ehemalige Gemeinderäte kritisieren Christoph Ammann

Meiringen sei 1999 kurz vor der Zwangsverwaltung durch den Kanton gestanden, sagte SP-Regierungsratskandidat Christoph Ammann. Gegen diese Darstellung wehren sich zwei ehemalige SVP-Gemeinderäte – zu Recht. – *Seite 23*

Jazzfestival Montreux Kampf um Copyrights

Auf seine 50. Ausgabe hin hat das Jazzfestival Montreux sein einzigartiges Konzertarchiv digitalisiert – ein Prestigeprojekt. Doch der Kampf um Copyrights gestaltet sich schwierig. – *Seite 29*

Service

Meinungen/Leserbriefe – 10/25
Börse – 12
Kinoprogramm – 22
Fernsehen & Radio – 24
Wetter – 25
Todesanzeigen/Danksagungen – 28/30

Anzeige



Emil Frey AG Autocenter Bern
Milkstrasse 3, 3072 Ostermundigen
Telefon 031 339 44 44
www.emil-frey.ch/bern

NEW RX 450h (3,5-Liter-Vollhybrid, F-FOUR-AWD, 5-türig) ab CHF 69'900.– @ Verbrauch 5,2 l/100 km, @ CO₂-Emissionen 120 g/km, Energieeffizienz-Kategorie B, Abgebildetes Fahrzeug: NEW RX 450h F SPORT (3,5-Liter-Vollhybrid, F-FOUR-AWD, 5-türig) ab CHF 69'900.– Die angegebenen Preise sind empfohlene Netto-Verkaufspreise inkl. MwSt. Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der Richtlinie 715/2007/EG. Durchschnittswert CO₂-Emissionen aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 139 g/km. Lexus Premium Free Service inklusive kostenlose Servicearbeiten bis 10 Jahre oder 100'000 km (es gilt das zuerst Erreichte) inkl.

Sprachen lernen im Ausland Beilage «Bildung»

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch
Verlag Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11 Fax 031 330 36 86 Inzerate Berner Zeitung, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: inzerate@espacemedia.ch Abbonemente Tel. 0844 385 144 (Lokalтарif), Mail: abo@derbund.ch

